



Gebrochene Versprechen

Pflegekräfte haben einen anstrengenden Beruf. Sozialministerin Reimann tut mit ihrer Politik alles dafür, für zusätzliche Belastung zu sorgen.
Von Pia Zimmermann

Die vergangenen Wochen waren für Pflegekräfte in Niedersachsen turbulent und stressig. Das lag natürlich auch an Corona. Es lag vor allem aber an der niedersächsischen Landesregierung, die dadurch auffiel, Pflegekräften das Leben zusätzlich schwer zu machen. Statt die Beschäftigten der Berufsgruppen, die gemeinhin als systemrelevant gelobt werden, von unnötiger Bürokratie zu befreien und zusätzliche Belastungen von ihnen fernzuhalten, vermiesste die Landesregierung den Pflegekräften auch noch die wenige Freizeit.

Die Kritik an der Pflegekammer ist zwar älter als Corona, aber in den vergangenen Wochen hat die Landesregierung und allen voran Carola Reimann sich selbst dabei übertroffen, diejenigen Pflegekräfte, die sich nicht nur gegen die Kammer, sondern vor allem für gute Pflege engagieren, vor den Kopf zu stoßen. Nach viel hin und her, ob die versprochene und notwendige Vollbefragung während der Corona-Krise stattfinden kann, musste es auf einmal ganz schnell gehen und war dann so schlecht gemacht, dass die Befragung ohne Ergebnis abgebrochen werden musste. Ich möchte da gar nicht von einer Sicherheitspanne sprechen. Eine Panne klingt so harmlos. Die Sicherheitslücke im System war aber derart breit und hätte derart viel Manipulation

zugelassen, dass man sich schon fragen muss, warum diese Hintertür niemandem aufgefallen ist.

Da erscheint es fast wie ein Nebenschauplatz, dass das Sozialministerium sich regelrecht geweigert hatte, eine eindeutige Frage nach der Zukunft der Pflegekammer zu stellen. Ist es aber nicht. Die bewusst irreführende Frage, ob die Kammermitglieder eine beitragsfreie Kammer möchten, versteckt in einem Konvolut von über 60 Fragen, offenbart, dass es Reimann nie um ein Meinungsbild der Pflegekräfte ging, sondern immer darum, die eigenen politischen Zwecke zu verfolgen. Ohne Rücksprache mit den Betroffenen.

Ist Gesundheitsministerin Carola Reimann eigentlich noch im Amt?

Dazu passt, dass die Pflegekammer das Geld der Landesregierung gar nicht annehmen möchte, um sich nicht in finanzielle Abhängigkeiten zu begeben. Das mag eine nachvollziehbare Position sein. Die versprochene Rückerstattung der Beiträge darf aber nicht länger auf sich warten lassen. Oder kann man sich auch

auf diese Aussagen aus dem Ministerium und der Kammer nicht verlassen?

Von einem Vertrauensvorschuss kann man da nicht mehr reden. Denn als hätten alle Winkelzüge und gebrochenen Zusagen nicht schon gereicht, mussten Pflegekräfte sich in den vergangenen Wochen auch noch gegen einen Gesetzentwurf wehren, mit dem sie im Falle einer Pandemie dienstverpflichtet werden sollten, falls sie dem anstrengenden Beruf mit den schlechten Arbeitsbedingungen verständlicherweise den Rücken gekehrt hatten. Mein persönliches Rezept gegen den Pflegenotstand wäre es ja, die Arbeitsbedingungen und Löhne in der Branche zu verbessern, so dass Ehemalige freiwillig und gerne zurück in den Beruf kommen. Aber da geht die niedersächsische Landesregierung offenbar nicht mit.

So mussten die Beschäftigten in der Altenpflege in keinem anderen Bundesland so lange auf die offizielle Zusage des Landes warten, dass Niedersachsen die Corona-Prämie, die im Bund für die Altenpflege beschlossen wurde, dem Bundesgesetz entsprechend aufstockt. Die Krankenpflege wird dabei leer ausgehen. Bei alledem frage ich mich mittlerweile nur noch eins: Ist Gesundheitsministerin Carola Reimann eigentlich noch im Amt?



„Mobilität ist Voraussetzung für Teilhabe“

Weniger Angebote für Bus und Bahn, weniger Kund*innen, noch weniger Angebote. Die Abwärtsspirale im ÖPNV erschwert die Verkehrswende im ländlichen Raum. Ein Gespräch mit Bastian Kettner, Co-Autor der Broschüre „NACHHALTIG MOBIL - für gute Lebensqualität auf dem Land“

Foto: privat

Warum ist der ÖPNV in vielen ländlichen Gebieten so schlecht ausgebaut?

In den 1960er Jahren wurde das eigene Auto zum Symbol des sozialen Aufstiegs. Die Kraftstoffpreise waren niedrig, mangelnder Parkraum und dichter Verkehr war in ländlichen Gebieten nie ein großes Problem. Das wirkte sich auf das Mobilitätsverhalten aus. Während der zunehmende Autoverkehr die öffentliche Hand zum Bau neuer Autobahnen bewegte und damit die individuelle Motorisierung weiter anheizte, wurden wegen einbrechender Beförderungszahlen seit 1960 bis heute etwa 14.000 Kilometer Bahnstrecken in Deutschland stillgelegt – davon die meisten im ländlichen Raum. Buslinien konnten die Akzeptanzwerte der Bahn nicht erreichen. Stattdessen wechselten weitere Teile der Bevölkerung ins eigene Auto und setzten so eine Negativspirale aus sinkenden Fahrgastzahlen und Ticketeinnahmen sowie Angebotskürzungen, die den ÖPNV immer unattraktiver machten, in Gang. Übrig geblieben sind Schüler*innen als größte Kundengruppe. Das drückt sich oft im Fahrtenangebot aus: Ausrichtung an Schulzeiten statt Taktfahrpläne, ausgedünnter Verkehr in den Ferien, tote Hose am Wochenende.

Ist eine Verkehrswende im Autoland Niedersachsen realistisch?

Das liegt in den Händen der politischen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen

vor Ort. Verkehrsinitiativen müssen neue oder verbesserte Mobilitätsangebote aktiv einfordern und Druck auf die Landesregierung ausüben. Erste, eher zaghafte Schritte in Richtung Verkehrswende wurden mit der Reaktivierung oder dem Beschluss der Reaktivierung der Bahnstrecken Einbeck-Stadt – Salzderhelden und Bad Bentheim – Neuenhaus sowie mit der Einführung einiger Landesbuslinien gewagt. Dabei darf es aber nicht bleiben. Niedersachsen braucht eine Mobilitätsgarantie, die eine Versorgung mit Mobilitätsangeboten bis in kleine Dörfer sicherstellt – nur so kann der ÖPNV auch in einem durch die Automobilindustrie geprägten Land als Alternative wahrgenommen werden.

Wie können wir Mobilität ökologisch nachhaltig und sozial gestalten?

Mobilität ist die Voraussetzung für Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Wenn vor Ort gut erreichbare Angebote der Daseinsvorsorge geschaffen werden, tragen diese zur Teilhabe bei. So wird dem sozialen Ausschluss von Menschen mit weniger Mobilitätsoptionen – sei es aufgrund von Behinderungen, Armut oder des Alters – vorgebeugt und gleichzeitig schädlicher Verkehr vermieden.

Sprich: Wenn zum Beispiel ein Nahversorger und eine Arztpraxis im Ort ansässig sind und die Bevölkerung diese Einrichtungen anstelle von Angeboten der nächstgröß-

eren Stadt nutzt, spart das Verkehr und trägt gleichzeitig dazu bei, dass Menschen ihr Leben selbstbestimmter leben können. Dennoch gibt es Bedürfnisse, für die der Wohnort verlassen werden muss. So befinden sich Arbeitsplätze oft in größeren Gemeinden oder Städten. Deshalb ist ihre Erreichbarkeit für die ländliche Bevölkerung zentral. Dazu brauchen wir auf den Hauptlinien vertaktete Schienen- und Busverkehre und auf den Nebenästen zuverlässige, auf die Bevölkerung zugeschnittene Angebote – abgesichert durch die Festschreibung des ÖPNV als kommunale Pflichtaufgabe und mit finanzieller Unterstützung durch das Land sowie durch neue Finanzierungselemente wie einer Beteiligung von Gewerbetreibenden an den ÖPNV-Kosten. So können auch die Ticketpreise gesenkt werden – perspektivisch bis auf null.

Online Abonnieren
und keine Ausgabe
verpassen!



DER ROTE HAHN



<http://gleft.de/3TW>

Online-Veranstaltung

Mobilität im ländlichen Raum

...sozial und nachhaltig gestalten!

Zusammen mit euch wollen wir auf dieser Konferenz über **NEUE WEGE ZU MEHR MOBILITÄT MIT WENIGER VERKEHR** diskutieren und damit für **GUTE LEBENSQUALITÄT AUF DEM LAND** sorgen! Macht mit!

Mit Stephan Genandt

Stellv. Landesvorsitzender VCD Niedersachsen

Bastian Kettner

Co-Autor der Broschüre „Nachhaltig mobil – für gute Lebensqualität auf dem Land“

Lars Leopold

Co-Landesvorsitzender DIE LINKE. Niedersachsen

Veranstaltet von

Pia Zimmermann

Mitglied des Deutschen Bundestages

Dem Zoommeeting beitreten:

<https://us02web.zoom.us/j/85779730385>

pia-zimmermann.de

**Zoomkonferenz
Samstag
4. Juli
11:00 Uhr**

Teilnehmende Kreisverbände der LINKEN. Niedersachsen

KV Aurich: Blanka Seelgen / Regionalverband Großraum Braunschweig: Hansi Volkmann / KV Cuxhaven: Cornelia Buttler / KV Diepholz: Martin Stricker / KV Friesland: Uwe Koopmann / KV Gifhorn: Marion Koellner / KV Goslar: Rüdiger Wohltmann / KV Hameln-Pyrmont: Stephan Marquardt / KV Harburg Land: Joachim Kotteck / KV Helmstedt: Roswitha Engelke / KV Heidekreis: Agnes Hasenjäger, Charly Braun / KV Hildesheim: Maik Brückner / KV Holzminden: Sabine Golczyk / KV Leer: Franziska Junker / KV Lüchow-Dannenberg: Michael Hardt / KV Northeim: Angelo Pape / KV Osnabrück: Giesela Brandes-Steggewentz / KV Osterholz: Arnold Neugebohrn, Reinhard Seekamp / KV Peine: Jürgen Eggert / KV Rotenburg (Wümme): Stefan Wendelmann / KV Schaumburg: Metin Duygu / KV Uelzen: Colin Graham / KV Wolfenbüttel: Arnfred Stoppok / KV Wolfsburg: Anne Zimmermann

...und viele andere!

„Der systemrelevante Berufsstand muss endlich gehört werden“

Die Vollbefragung zur Zukunft der Pflegekammer musste wegen Sicherheitsmängeln gestoppt werden. Aktivist*innen fordern, auch die irreführenden Fragen zu überarbeiten, und kritisieren, dass die Kammer einseitig Beschäftigte in die Pflicht nimmt und Arbeitgeber schützt. Ein Gespräch mit Adriana Simecek



Foto: privat

Adriana Simecek ist 42 Jahre alt und Krankenschwester. Sie ist nicht nur Mitglied bei ver.di und der LINKEN, sondern hat auch die Gründung eines Pflegebündnisses in ihrer Region angeschoben und engagiert sich im Pflegebündnis Niedersachsen

Die Pflegekammer Niedersachsen verspricht, eine „starke Stimme“ für die Pflege zu sein. Warum engagierst du dich gegen die Einrichtung einer solchen Kammer?

Um eine echte Legitimation der beruflich Pflegenden mit einer starken Haltung zu sein, bedarf es meiner Ansicht nach einer freiwilligen Wahl und nicht eines Zwanges, der 90.000 Pflegekräften mit der Pflichtmitgliedschaft auferlegt wurde. Zudem ist die Übertragung hoheitlicher Aufgaben des Landes an Kammern eine Privatisierung bislang öffentlich wahrgenommener Aufgaben, bei der die Kosten durch die Mitglieder in Form von Pflichtbeiträgen getragen werden. Ein Grundproblem der Kammer ist außerdem, dass die Pflichten, die sie in der Berufsordnung festgehalten hat, nur auf die Mitglieder einwirken. Die Arbeitgeber werden dagegen weiterhin nicht in die Pflicht genommen. Dadurch werden längst überfällige Veränderungen der Rahmenbedingungen weiterhin nicht durch die Politik bearbeitet.

Die Online-Befragung der Kammermitglieder zur Zukunft der Pflegekammer musste nach Sicherheitsmängeln

gestoppt werden. Ihr hattet ohnehin die Fragestellung als tendenziös und mehrdeutig kritisiert. Wie muss eine Vollbefragung aussehen, damit sie ein eindeutiges Votum für oder gegen eine Kammer geben kann?

Die Fragestellung war tatsächlich so irreführend, dass sowohl Befürworter als auch Kritiker Schwierigkeiten hatten, die Antwort in ihrem Sinne anzukreuzen. Daher darf es nach unserer Auffassung nur die konkrete Frage geben: Wollen Sie eine Pflegekammer, ja oder nein. Zudem fordern wir, dass diese, für viele Pflegekräfte entscheidende Frage, nicht wie bisher am Ende der Befragung steht, sondern als Eingangsfrage formuliert wird. Bislang musste man mehr als 60 Teilfragen beantworten, um zu dieser zu gelangen.

Was erwartet ihr euch in der derzeitigen Situation vom Sozialministerium?

Wir erwarten einfach nur die Umsetzung unserer Forderungen, sowohl, was die Platzierung, als auch die Konkretisierung der Frage betrifft. Und selbstverständlich die konkrete, öffentliche Darstellung des Handlungsbedarfes aus dem Ergebnis der Antwort. Der Wille unseres systemrelevanten Berufsstandes muss endlich gehört werden. Wir wollen keine Pflegekammer! Daher steht am Ende unserer Erwartungen die Abschaffung dieser Institution.

IPReG verstößt gegen UN-Konvention

Bundesregierung ignoriert Rechte von Menschen mit Intensivpflegebedarf

Die Bundesregierung behauptet immer noch, mit ihrem Entwurf für ein Intensivpflege- und Rehabilitationsstärkungsgesetz (IPReG) die Situation von Menschen mit Pflegebedarf zu verbessern und fragwürdigen privaten Anbieter*innen von beispielsweise sogenannten Beatmungs-WGs das Geschäftsmodell zu erschweren. Letzteres ist ein hehres Ziel, das ich ausdrücklich unterstütze. Allerdings niemals zu diesem Preis. Die Bundesregierung nimmt dafür in Kauf, Menschen mit Intensivpflegebedarf massiv unter Druck zu setzen. Noch immer ist in dem Entwurf vorgesehen, dass Menschen gegen ihren Willen in einem Pflegeheim leben müssen. Denn wenn sie sich für die häusliche Intensivpflege entscheiden wollen, können so hohe Zuzahlungen auf sie zukommen, dass man faktisch nicht von einer Wahlfreiheit sprechen kann. Eine Wahl, die letztlich nur auf dem Papier besteht, ist keine. Deshalb verstößt die Bundesregierung mit diesem Gesetzentwurf meiner Meinung nach gegen die UN-Behindertenrechtskonvention. Menschen mit Intensivpflegebedarf haben dieselben Rechte wie alle anderen. Dafür kämpfe ich und habe mit unserer Fraktion DIE LINKE diverse Änderungsanträge zum Gesetzentwurf im Bundestag eingebracht.

**Rotes
Pflegetelegramm**

Aktuelle Infos zur Pflegepolitik – aus dem Parlament und der Bewegung
Jetzt abonnieren:

- Email-Newsletter:
<http://eepurl.com/gxZ6Tb>
- Telegram-Kanal:
<https://t.me/RotesPflegetelegramm>

www.pia-zimmermann.de

Wir brauchen eine Pflegerevolution

Durch die Corona-bedingte Krise im Gesundheits- und Pflegesystem droht in Vergessenheit zu geraten, dass dort schon seit Langem Notstand herrscht – der jedoch Normalzustand geworden ist. Deshalb brauchen wir eine Pflegerevolution. Dieser Text ist die stark gekürzte und redigierte Fassung einer entsprechenden Ausarbeitung für die Rosa-Luxemburg-Stiftung.
Von Pia Zimmermann

Das mediale Bild der Altenpflege ist stark von Pflegeheimen geprägt. Tatsächlich werden jedoch mehr als zwei Drittel aller Menschen mit Pflegebedarf zu Hause gepflegt, knapp die Hälfte von ihnen ausschließlich durch Angehörige – ohne Unterstützung. Trotzdem hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) als Wahrerin der Interessen pflegender Angehöriger keinen Platz im sogenannten Corona-Kabinett der Bundesregierung bekommen. Diese schnelle Eingreiftruppe entwickelte die Leitlinien der Pandemie-Bekämpfung, die daraufhin vom restlichen Kabinett nur abgenickt wurden und mit Koalitionsmehrheit auch den Bundestag passierten. Menschen mit Pflegebedarf werden von diesem technokratischen Rumpfkabinett dabei aber vor allem als Patient*innen oder auch Kostenverursacher*innen gesehen. Dass der Pflegebedarf eines Menschen nur ein Bedarf von vielen verschiedenen Bedarfen und Bedürfnissen ist, geht dabei fast gänzlich unter.

Das erkennt, dass sich das Verständnis von Pflege in den Pflegewissenschaften und der beruflichen Pflege deutlich verändert hat. Das fängt schon bei der Sprache an. Die Bundesregierung hält am Wort «Pflegebedürftigkeit» fest. «Bedürftigkeit» suggeriert, dass alle anderen Bedürfnisse dieses Menschen hinter seiner Bedürftigkeit zurückstehen müssen. Und das definiert unser Pflegeverständnis, das wiederum der Maßstab für alle weiteren Stellschrauben im Pflegeprozess ist: den Personalschlüssel der Beschäftigten, deren Bezahlung und Arbeitsbedingungen.

Dem Pflegenotstand – also der unzureichenden Versorgung der Menschen mit Pflegebedarf, der mangelhaften Unterstützung pflegender Angehöriger und der schlechten Bezahlung der in der Pflege Beschäftigten trotz Arbeitsüberlastung – ist also auch nur beizukommen, wenn sich sowohl die Arbeitsbedingungen als auch die Löhne in der Branche nachhaltig verbessern. Das ist vor allem deshalb so wichtig, da absehbar ist, dass sich der Pflegenotstand in den kommenden Jahren deutlich verschärfen wird. So werden wegen der demografischen Entwicklung einer alternden Gesellschaft, aber auch aufgrund der Altersstruktur der Pflegefachkräfte, von denen viele in den kommenden Jahren in Rente gehen werden, deutlich mehr neue Fachkräfte gebraucht. Will man den Stand von heute halten, bedeutet dies, dass in den kommenden zehn Jahren zusätzlich 10.000 Pflegekräfte gebraucht werden – jedes Jahr!

Diese gesellschaftliche Debatte über den Wert von Arbeit, hier insbesondere professionelle, aber schlecht bezahlte Sorgearbeit, über steigende Löhne und deren Finanzierung muss in den Parlamenten und auch auf den Straßen geführt werden. Stattdessen aber werden die Probleme individualisiert und stehen im schlimmsten Fall am Pflegebett zwischen Pflegefachkräften und Menschen mit Pflegebedarf. Die Debatte um die sogenannte Corona-Prämie ist dafür ein Paradebeispiel. Bis zu 1.000 Euro pro vollzeitbeschäftigter Pflegefachkraft kommen aus Mitteln der Pflegeversicherung, die restlichen bis zu 500 Euro sollen die

Bundesländer oder die Arbeitgeber übernehmen. Die meisten Bundesländer haben eine entsprechende Prämie schon zugesagt, aber die Arbeitgeber haben bereits abgewunken. Hinzu kommt, dass die Prämie, so wie sie im Mai 2020 beschlossen wurde, ausschließlich Beschäftigten in der Altenpflege zustehen soll. Pflegekräfte und andere nicht ärztliche Beschäftigte in Kliniken, beim Rettungsdienst oder in anderen hochbelasteten und schlecht bezahlten Gesundheitsberufen sollen außen vor bleiben. Das kommt einer regelrechten Spaltung der Beschäftigten gleich, die trotzdem weiterhin ein gemeinsames Ziel haben: die bestmögliche Betreuung und Versorgung der ihnen anvertrauten Menschen mit Pflegebedarf und Patient*innen zu gewährleisten. Wir brauchen in Gesundheit und Pflege eine Revolution, um ein System zu entwickeln, in dem der Mensch und seine Bedürfnisse ebenso wie sein Bedarf im Mittelpunkt stehen. Als Linke sollten wir dabei auch weiterhin diese Systemfrage stellen und daran arbeiten, vor allem die Grundrechte, wie das Recht auf Gesundheit, zu revolutionieren. In der Zwischenzeit nutzen wir die Reformen als Zwischenschritte, damit in der Pflege nichts so schlecht bleibt, wie es ist.

[Mein kompletter Text als PDF-Broschüre ist hier zu finden:](#)

<http://gleft.de/3TY>



„Abwertung von Sorgearbeit ist ein Fehler des Systems“

Arbeit, die von Frauen unbezahlt erwartet wird, ist auch Arbeitgeber*innen wenig wert. In der Krise hat sich eine konservative Rollenverteilung in der Gesellschaft noch verstärkt. Ein Gespräch mit Pia Zimmermann und Heidi Reichinnek

Foto: privat

Pia Zimmermann ist Sprecherin für Pflegepolitik der Bundestagsfraktion DIE LINKE. Heidi Reichinnek ist Vorsitzende DIE LINKE. Niedersachsen.

Es mehren sich die Stimmen, die kritisieren, dass die Corona-Krise konservative und sexistische Rollenbilder in der Gesellschaft verstärkt. Warum tritt dieses Problem in der Krise noch deutlicher zu Tage?

Heidi: Frauen leisten generell deutlich mehr unbezahlte Sorgearbeit als Männer. Dadurch haben sie auch ohne Krise weniger Zeit für Lohnarbeit. Daraus entsteht ein Teufelskreis: Frauen arbeiten weniger Stunden, haben geringere Aufstiegschancen, bekommen einen geringeren Lohn... Und wenn die Sorgearbeit mehr wird, stecken wieder Frauen in den Familien zurück, weil sie weniger Geld nach Hause bringen. So läuft die Spirale immer schneller und schneller. Hinzu kommt: Arbeit, die von Frauen unbezahlt erwartet wird, ist Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern auch in der Lohnarbeit wenig wert.

Welche Folgen hat das?

Pia: Nehmen wir als Beispiel die Pflege, wir könnten aber auch über frühkindliche Erziehung oder die Arbeit als Reinigungskraft reden. Die Arbeit in der Pflege allgemein und besonders in der Altenpflege ist extrem schlecht bezahlt. Dieser zu geringe Lohn entspricht in keiner Weise dem Ausbildungsniveau von Pflegefachkräften oder der Verantwortung, die sie übernehmen müssen. Dazu kommt, dass Pflegekräfte aufgrund der physischen Belastungen meistens

nicht bis zum regulären Altersrenteneintritt arbeiten können und bereits weit vorher viele Pflegekräfte ihre Arbeitszeit verringern. Beides verschärft die Altersarmut von Pflegekräften, die nun mal zum weit überwiegenden Teil Frauen sind, noch weiter.

Heidi: Wenn wir über „typische Frauenberufe“ und Frauen in der Arbeitswelt sprechen, müssen wir also nicht nur über eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf reden, sondern auch über eine Aufwertung von unbezahlter und oft unsichtbarer Sorgearbeit. Denn das ist kein Problem von Frauen, sondern ein Fehler des Systems.

Aber gerade in der Pflege herrscht doch Fachkräftemangel. Freie Stellen können über Monate nicht besetzt werden. In anderen Branchen steigen die Löhne, wenn Fachkräfte so händeringend gesucht werden.

Heidi: In der Pflege zieht Fachkräftemangel, ebenso wie in den anderen typischen „Frauenberufen“, die Pia genannt hatte, eben keine Lohnerhöhung nach sich, sondern stattdessen wird der Druck auf die Beschäftigten erhöht. Wir beobachten gerade eine besonders skurrile Situation: Viele Pflegekräfte flüchten regelrecht in die Leiharbeit. Grundsätzlich ist diese Beschäftigung ja prekariert, aber in der Pflege gibt es dort höhere Löhne, mehr Gestaltungsspielraum bei der Arbeitszeit und generell bessere Bedingungen. Dies zieht aber keine Debatte um bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne für alle nach sich, sondern hat im Gegenteil dazu geführt, dass die sozialdemokratische Berliner Gesundheitssenatorin ein Verbot oder zumindest eine drastische

Einschränkung dieses Teilbereichs durchsetzen will.

DIE LINKE fordert eine Solidarische Pflegevollversicherung, in die alle gemäß ihrer finanziellen Lage einzahlen, damit mehr Geld in die Pflegeversicherung kommt, um Löhne zu erhöhen und Arbeitsbedingungen zu verbessern und gleichzeitig die Eigenanteile für Menschen mit Pflegebedarf zu senken und abzuschaffen. Denn Spitzenverdiener*innen werden im jetzigen System faktisch weniger herangezogen als andere. Welche realen Chancen hat dieses Konzept?

Pia: Nötig ist eine Pflegerevolution, aber statt Voraussetzungen für steigende Löhne zu schaffen und die Pflegefinanzierung wenigstens zu reformieren, macht Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) sogar einen Schritt zurück. Er beschwört die Verantwortung der Familie. Das ist für ihn das ausschlaggebende Argument gegen eine Pflegevollversicherung, in der endlich alle pflegebedingten Kosten übernommen werden. Noch mehr unbezahlte Sorgearbeit von Frauen ist für ihn also der Ausweg. Man müsste ihn dafür auslachen, wenn es nicht so traurig wäre. Höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege sind also auch eine Aufwertung der Sorgearbeit und das würde die gesellschaftliche Stellung von Frauen stärken – weit über den Pflegeberuf hinaus.

Impressum

V.i.S.d.P.: Pia Zimmermann
Schillerstraße 18, 38440 Wolfsburg
www.pia-zimmermann.de